

„Hier werden Schulen gegeneinander ausgespielt“

Betr.: „OHG will Schule unter einem Dach“ vom 21. Februar.

Die Raumnot am OHG trieb die Schule auf die Straße – in zahlreichen Aktionen, darunter eine Doppelstunde Unterricht – im Regen – vor dem Alten Rathaus, wurde das Problem in die Öffentlichkeit gebracht, denn seitens der Stadt als Schulträger passierte zu lange nichts. Stattdessen wurde improvisiert, ganze Klassen „nebenan“ in die BBS II verlagert und die Sechszügigkeit dieses Gymnasiums, das seit Jahren die höchsten Anmeldezahlen verzeichnet, auf eine Fünfzügigkeit heruntergebrochen. An den legendären Pavillon als Provisorium, in dem jahrelang bereits „Auslagerung“ betrieben wurde, erinnert zum Glück nur noch eine Abrissstelle. Provisorisch wurden dann Räume in der BBS bezogen, denn es war damals allen klar, dass die Raumnot am OHG professionell angegangen werden musste.

Die Wende kam am 1. September 2017, als man im Göttinger Tageblatt nachlesen konnte: „Der Anbau kommt“ – die Schule bekommt ihren Erweiterungsbau mit 16 neuen Räumen plus einer Mensa.

Über zwei Jahre vergingen und am OHG fragte man sich ständig, wann es denn endlich losgehe – schließlich waren die Pläne bis ins Detail ausgearbeitet, der Erweiterungsbau genehmigt und ja, die Baukosten waren gestiegen (was in der Natur der Sache liegt, wenn man sich viel Zeit nimmt und erst mal abwartet).

Und jetzt die Kehrtwende – die Schule soll mit dem „Konzept der Auslagerung“ weiterleben, die



Stadt gedenkt, beim Landkreis weitere Räume anzumieten und 56 000 Euro Miete (warm) im Jahr zu bezahlen. Dass man Möbel und anderes Gedöns auslagert, kommt vor – aber hier geht es vor allem um junge Menschen, hier geht es um eine Schulgemeinschaft und auch um ein pädagogisches Konzept, das zur Disposition steht. 1,1 Millionen wolle man einsparen – sicherlich eine Menge Geld, gemessen am Gesamtetat von 12,4 Millionen erscheint diese Kürzung nicht nur unangemessen, sondern vor allem fragwürdig, wenn dann ein Erweiterungsbau entsteht, der bereits zu klein ist, bevor er bezogen wurde.

Das eingesparte Geld würde anderen Schulen zugute kommen – nach dem Gießkannenprinzip, um Löcher dort zu stopfen, wo eine ganz grundsätzliche Sanierung angezeigt ist. Auch das ist eine mehr als fragwürdige Herangehensweise, aber es schleicht sich noch ein ganz übler Beigeschmack ein: Hier werden Schulen gegeneinander ausgespielt. So verspielen Politiker Vertrauen und so disqualifizieren sie sich.

Ich fordere alle Ratsmitglieder auf, den Erweiterungsbau am OHG in der ursprünglich geplanten, vierstöckigen Version zu unterstützen.

Karl-Edzard Bolte (Lehrer am OHG), Bovenden

„Gut funktionierende Schulgemeinschaft wird durch die gedachte räumliche Trennung erheblich beeinträchtigt und ihr Zusammenhalt gefährdet“

Betr.: „OHG will Schule unter einem Dach“ vom 21. Februar und „Schulpläne treffen auf Widerspruch“ vom 22. Februar.

Mit großem Unverständnis haben wir die im Artikel geschilderten neuen Pläne der Verwaltung für das OHG registriert. Einerseits ist uns nicht erklärlich, warum nach dem Beschluss von 2017 noch immer nicht mit dem Bau begonnen wurde und aus welchem Grund in diesen drei Jahren die Kosten von 7,7 Millionen Euro auf 16,3 Millionen Euro gestiegen sein sollen. Es bedarf doch schon einer näheren Erläute-

rung, wie es zu so einer Fehlplanung kommen konnte.

Entscheidend aber ist unserer Meinung nach, dass eine sehr gut funktionierende Schulgemeinschaft durch die gedachte räumliche Trennung erheblich beeinträchtigt und ihr Zusammenhalt gefährdet wird. Wieder geht es nicht um das Wohl unserer Kinder/ Enkelkinder, der Zukunft unseres Landes. Während bei den Rüstungsausgaben, sinnlos, Steigerungen in Milliardenhöhe gerade auch von der SPD, aber auch von den Grünen beschlossen beziehungsweise akzeptiert werden,

wird bei der Bildung des Wichtigsten, was wir haben, unserer Kinder, um einige Millionen Euro gefeilscht. Und nein, man kann diese Sachverhalte nicht voneinander trennen.

Dabei stellen Schüler und Lehrer keine Maximalforderungen, sondern beschränken sich auf das Nötigste.

Wir erwarten daher, dass die Zusagen der Verwaltung von 2017 und 2019 auch eingehalten werden und Schulpolitik nicht in Beliebigkeit ausartet.

Carola und Helmut Fischer, Nordhausen

„Wir setzen darauf, dass sich die SPD und die Grünen noch einmal besinnen und den ursprünglichen Plänen zustimmen“

Betr.: „OHG will Schule unter einem Dach“ vom 21. Februar.

Wir wissen, welche hervorragende pädagogische Arbeit am Otto-Hahn-Gymnasium Tag für Tag geleistet wird. Wir wissen dies, weil wir dort selbst zur Schule gegangen sind oder dort als Lehrer/in gearbeitet haben. Um diese Arbeit erfolgreich weiterführen zu können, wurde im Rat der Stadt Göttingen mit den Stimmen aller Fraktionen ein Anbau an das OHG beschlossen, um lange Wege in den Pausen zur benachbarten BBS 2 zu vermeiden. Die offensichtlich überzeugenden Argumente dafür müssen wir an dieser Stelle nicht noch einmal wiederholen.

Umso größer ist unsere Bestürzung, dass plötzlich die SPD und die Grünen, die sich vor jeder Wahl die Verbesserung der Bildung auf ihre Fahnen schreiben, nun diesen Anbau um ein Stock-

werk reduzieren wollen und damit Schüler und Lehrer jeden Tag, in jeder Pause, auf den Weg in die BBS 2 schicken wollen. Und dies, obwohl sie vorgeben zu wissen, wie wichtig gute räumliche Voraussetzungen sind, um erfolgreiche pädagogische Arbeit leisten zu können.

Der Meinungsumschwung in den beiden Parteien ergibt sich laut Göttinger Tageblatt-Artikel aus den finanziellen Rahmenbedingungen: Während der ursprünglich geplante Anbau 12,4 Millionen Euro gekostet hätte, soll die neue Variante 11,3 Millionen Euro kosten (Einsparung immerhin von 1,1 Millionen!). Allerdings muss die Stadt außerdem jährliche Mietkosten von 54 000 Euro (inkl. NK) an den Kreis zahlen.

In der gleichen Ausgabe des Göttinger Tageblatts wird bestätigt, dass die Sanierung (nicht ein Neu-

bau) der Stadthalle mindestens 29,5 Millionen kosten wird. Hier wird deutlich, dass sämtliche pädagogische Überlegungen, die in den Wahlversprechen der genannten Parteien einen so hohen Stellenwert einnehmen, auf der Strecke bleiben.

Wir unterstützen daher die Einladung an die Politik, während der Pausen selbst einmal die Wege zwischen OHG und BBS 2 (oberster Stock) zu gehen. Wir Ehemalige kennen diese Wege und wir wissen um die Unzulänglichkeiten, die sich daraus ergeben. Wir setzen darauf, dass sich die SPD und die Grünen noch einmal besinnen und den ursprünglichen Plänen zustimmen. Dabei geht es letztendlich auch um Wählerstimmen.

Für den Alumni Verein des OHG, der Vorstand Carsten Ertl, Nico Herbig, Rainer Köster, Karina Neitzel, Marcus Reh, Göttingen

„Die Schulgemeinschaft soll unter einem Dach lernen und leben“

Betr.: „OHG will Schule unter einem Dach“ vom 21. Februar

Die Kostenexplosion für den geplanten Anbau am OHG wegen der plötzlich erforderlichen Gründungsarbeiten in einem Flussgebiet haben mich überrascht. Nach meiner Kenntnis stand das OHG schon 2017, als wir den Anbau durchgesetzt haben, direkt neben der Leine.

Jetzt sollen die erwarteten Kosten von 12,4 auf 11,3 Millionen reduziert werden, indem der Anbau ein Stockwerk kürzer ausfällt.

Durch die ersatzweise Anmietung von sieben Räumen in der BBS II verlore der Anbau aber seinen Sinn: Die Schulgemeinschaft soll unter einem Dach lernen und leben. Die aus diversen Gründen un-

geeigneten BBS II-Räume dürfen keine langfristige Lösung sein. Übrigens: Langfristig fällt die Kostenersparnis eher gering aus, wenn man beispielsweise 30 Jahre lang 28 000 Euro pro Jahr für die Miete der BBS zahlt.

Es ist besser, 12,4 Millionen auf einen Schlag sinnvoll auszugeben, als 11,3 Millionen in einen abgewerteten Anbau zu setzen und das kurzfristig gesparte Geld langfristig für Ersatzräume zu zahlen. Vor allem aber ist es besser, ein einmal gegebenes Versprechen zu halten, statt sich mit Umständen herauszureden, die schon zum Zeitpunkt des Versprechens ersichtlich waren.

Till Koch, ehemaliger Schülervertreter am OHG, Göttingen

LESERFORUM

Je kürzer ein Leserbrief, desto größer die Chance der Veröffentlichung. Die Zuschriften sollten sich auf Tageblatt-Beiträge beziehen. Anonyme Briefe werden nicht berücksichtigt. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Für Meinungen trägt die Redaktion presserechtliche Verantwortung.

Zuschriften an:
Wiesenstraße 1,
37073 Göttingen

E-Mail: leserbriefe@goettinger-tageblatt.de